

Stellungnahme des Bundesvorstandes der Fachgruppe Musik in ver.di zum Grünbuch des DMR

Das Grünbuch stellt ausführlich die gegenwärtige, allen Beteiligten bekannte Misere der Musikkultur und ihrer mehr oder weniger geförderten Teilnehmer dar.

Dem ist nichts Wesentliches hinzuzufügen.

Im zweiten Teil des Grünbuches werden Fragen gestellt, aus denen Forderungen resultieren, auf die wir im Folgenden näher eingehen. Die zentrale Frage ist, wie das bestehende und in Sonntagsreden von allen Politikern stets gelobte System der musikalischen Kultur auf dem bestehenden Niveau mindestens erhalten, wenn nicht sogar ausgebaut werden kann.

Hier wären im ersten Anlauf zwei scheinbar einfache Antworten zu geben:

1. Es darf nicht weitere finanzielle Kürzungen geben. Im Gegenteil muss deutlich mehr Geld in die Hand genommen werden.
2. Es muss in vielen Bereichen mehr, bzw. bessere gesetzliche Regelungen geben.

Jeder, der kulturpolitisch arbeitet, kennt die Antworten von Politikern auf diese beiden keineswegs neuen Forderungen, die stets spätestens montags als Antwort auf die Sonntagsreden erfolgen: Wir haben –in einem der reichsten Länder der Welt! –kein Geld.

Um die Bereitschaft der Politik hervorzurufen, mehr Geld für Kultur und kulturelle Bildung zur Verfügung zu stellen, brauchen wir zunächst eine große gesamtgesellschaftliche politische Bewegung, die **alle** Musik treibenden, Musik hörenden und Musik liebenden Menschen zu ihrer Sache machen, unterstützen, aktiv begleiten und somit Druck auf die Politik ausüben, hier aktiv zu werden. Dafür bildet der Deutsche Musikrat eine ideale Plattform: Hier sind so gut wie alle relevanten Profi- und Laienmusikverbände Deutschlands zu einem Verband zusammengeschlossen. Sie müssen noch vielmehr als bisher diesen Verband dazu nutzen, um nicht nur ihre jeweils eigenen - völlig berechtigten - Interessen einzubringen, sondern vor allem, um ihre Gemeinsamkeiten zu sehen, sich auf politische Grundforderungen zu einigen und diese in die Gesellschaft zu tragen.

Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die im Grünbuch genannte Ökonomisierung nahezu aller Lebensbereiche unserer Gesellschaft, bedingt durch den Wettbewerb in unserer globalisierten und digitalisierten Welt. Gerade in einem solchen System ist es notwendig, den „Wert“ von Musik im weitesten Sinn für unsere Gesellschaft zu definieren: Auch die scheinbar nicht in Geldwerten zu bewertenden Bereiche des menschlichen Lebens haben einen großen, unverzichtbaren Eigenwert, der benannt und in der Gesellschaft vertreten und für den gekämpft werden muss. Es ist gesellschaftspolitisch notwendig, den Wert von Musik und musikalischer Betätigung als einen Bereich eigener Wertigkeit zu bestimmen und noch weiter als bisher in alle politischen und gesellschaftlichen Diskussionen einzubringen. Hierfür müssen vom DMR geeignete Wege und Verfahren mit einer größeren potenziellen Wirksamkeit als bisher gefunden werden.

Um die Erfahrung mit der bisherigen musikalischen Kultur und Tradition zu erhalten sowie neue kulturelle Erfahrungen zu ermöglichen, ist unseres Erachtens einer der wesentlichsten Aspekte der der musikalischen Bildung.

Es muss in unserem Bildungssystem die Möglichkeit für **alle** Menschen bestehen, musikalische Erfahrungen zu machen, musikalische Kulturen kennen zu lernen, bei Interesse auf qualitativ hohem Niveau ein Instrument zu lernen oder anderen Formen musikalischer Betätigung nachzugehen und mittels der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten einen eigenen Lebensbezug zur Musik zu entwickeln, um dadurch eine Bereicherung und bestmögliche Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten zu erfahren und einen Gewinn für das eigene Leben zu erhalten.

Unabdingbar nötig hierfür ist eine wesentlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch eine Gemeindefinanzreform. Die Kommunen sind die Hauptträger von Kultur- und Bildungseinrichtungen im Bereich der Musik. Steuermittel müssen so umgeleitet werden, dass die Kommunen in der Lage sind, neben ihrem immer größer werdenden Katalog an Pflichtaufgaben auch

ihre sog. „freiwilligen“ Leistungen erhalten und ausbauen zu können; u.U. ist es auch notwendig, Finanzmittel gezielt zweckgebunden zur Verfügung zu stellen.

Des Weiteren ist es notwendig, das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, um z.B. auch von der Bundesebene aus Mittel für die musikalische Bildungsarbeit zur Verfügung stellen zu können, und zwar gezielt für die regelmäßige institutionelle Arbeit und nicht nur für einmalige bzw. zeitlich befristete Projekte.

Die gesamte Bildungslandschaft in Deutschland ist im Moment gekennzeichnet durch eine Fülle von bildungspolitischen Experimenten und Änderungsmaßnahmen. Begriffe wie Ganztagschule, Gemeinschaftsschule, G8, Frühkindliche Bildung etc. sind Ausdruck dieser durch den sog. „Pisaschock“ ausgelösten Umbrüche und Unsicherheiten. Die musikalische Bildung droht dabei unter die Räder zu geraten, zumal der Bildungsbegriff schon seit längerer Zeit immer mehr zum reinen Ausbildungsbegriff mutiert ist und dabei wie vieles in der Entwicklung der letzten Jahre vom ökonomischen Primat bestimmt wird. Jede Partei und jedes Bundesland betreibt eine andere Bildungspolitik mit sehr unterschiedlichen Zielsetzungen, auch im Hinblick auf musikalische Bildung, statt ein begründetes und in sich schlüssiges Gesamtkonzept musikalischer Bildung zu verfolgen. Ein solches wäre jedoch die Voraussetzung für einen dauerhaften Erfolg musikalischer Bildungsmaßnahmen. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts müssten von der KMK und daraus folgend von den Ländern klare Strukturen und Regelungen geschaffen werden, die musikalische Bildung nicht dem Zufall überlassen, sondern Musik als Pflichtfach für alle Kinder und Jahrgangsstufen in den Stundentafeln aller Schultypen verankern, da nur in der Schule **alle** Kinder erreicht werden.

Wo ein Zugang zu praktischem Musizieren zusätzlich zum schulischen Musikunterricht innerhalb der Schule beabsichtigt ist, muss eine hohe Unterrichtsqualität sichergestellt werden. Das betrifft auch flächendeckende Unterrichtsmodelle wie z.B. Jeki. Idealerweise kann diese Qualität von kommunalen Musikschulen geleistet werden, die über ein breites Fächer- und Lehrangebot sowie über hoch qualifiziertes Personal verfügen. Hierzu ist die Schaffung von ordentlichen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für das notwendigerweise hoch qualifizierte und motivierte Lehrpersonal vonnöten. Zusätzlich muss die räumliche Ausstattung der Schulen den Erfordernissen eines guten Musikunterrichtes angepasst werden. Es muss zudem sichergestellt sein, dass musikalisch begabte und interessierte Kinder auch im Ganztagsschulbetrieb von Anfang an die Möglichkeit haben, qualifizierten Instrumentalunterricht zu erhalten, den sich auch alle Eltern leisten können.

Innerhalb des Schulalltags brauchen Kinder Zeitfenster und Räume, in denen Unterricht und Üben, sowie Ensembles jeglicher Art stattfinden können. Hier müssen z.B. Versicherungs- und Aufsichtsfragen geklärt sein, damit Kinder zu bestimmten Zeiten zur Musikschule bzw. zum

Instrumentalunterricht gehen können, falls der Unterricht nicht in der Schule stattfindet.

Um den gesellschaftlichen Stellenwert von Musik zu stärken, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Schüler die an der Musikschule oder im privaten Instrumentalunterricht erworbenen Fähigkeiten ebenso wie z.B. Erfolge bei „Jugend Musiziert“ oder anderen Wettbewerben oder auch Leistungsabzeichen von Musikvereinen in das Leistungsprofil der Schüler in der Schule notenrelevant einbringen können.

Nur mit einem bundesweit und langfristig angelegten, ausreichend finanzierten musikalischen Bildungskonzept und damit verbundenen verbindlichen Strukturen wäre es möglich, im gesamten Bereich der musikalischen Bildung Arbeitsplätze mit einer ausreichenden sozialen Absicherung und akzeptablen Bezahlung zu schaffen und den derzeitigen zunehmenden Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen umzukehren. Damit hätten junge Menschen wieder eine Perspektive, einen musikalischen Beruf vor allem im pädagogischen Bereich zu ergreifen.

Menschen, die als Kinder eine gute musikalische Bildung erfahren haben, die selbst erfahren konnten, wie viel persönliche Bereicherung sie aus einer lustvollen und motivierten Beschäftigung mit Musik gewinnen konnten, sind auch als Erwachsene bereit, sich für Musik und die dafür nötigen Einrichtungen , z.B. Orchester, Opernhäuser, Musikschulen, und gesetzliche Regelungen wie Urheberrecht, öffentlich-rechtlichen Rundfunk und vieles mehr im Sinne eines öffentlichen Gemeinwohls einzusetzen und eine Politik zu unterstützen, die dieses möglich macht, bzw. dieses von der Politik einzufordern.

Um das bestehende Niveau an musikalischen (Bildungs-)Angeboten mindestens zu erhalten, müssten also von der Bildungspolitik zusammenfassend folgende Maßnahmen dauerhaft finanziert und gesichert werden:

- ein durchgängiger schulischer Musikunterricht von Kl. 1-10
- eine angemessene Vergütung und soziale Absicherung von Musikpädagogen an Kitas, Schulen und Musikschulen
- die erforderliche Ausstattung mit Unterrichtsräumen und -materialien an Kitas, Schulen und Musikschulen
- Stipendien für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die sich die Unterrichtsgebühren nicht oder nicht vollständig leisten können
- schulische Zeitfenster, die eine musikalische Betätigung über den schulischen Musikunterricht hinaus ermöglichen

Nur wenn diese verschiedenen Maßnahmen im Rahmen eines musikalischen Gesamt-Bildungskonzeptes ineinander greifen, werden nachhaltige Bildungswirkungen zu erzielen sein und wird die bisherige Musikkultur erhalten bleiben können. Dies alles ist nur mit einem erheblichen finanziellen Aufwand zu bewerkstelligen. Die Bereitschaft der Politik, sich entsprechend finanziell zu engagieren, wird nur durch den Druck breiter Gesellschaftsschichten und verstärkte Lobbyarbeit zu erzeugen sein. Diesen Druck zu erzeugen und diese Lobbyarbeit zu leisten, sich auch die Frage zu stellen, unter welchen Bedingungen Politik heutzutage überhaupt noch handelt, darin besteht unserer Auffassung nach die künftige Aufgabe des DMR. Dabei sind bisher angewandte Strategien zu hinterfragen und ggf. zu verändern, z.B. durch breit angelegte Marketingstrategien wie Werbe- und Image-Kampagnen für eine musikalische Bildung, Publikationen, die sich nicht nur an ein Fachpublikum richten, und die stärkere Nutzung der öffentlichen Medien.